

Stadt Haan

Niederschrift über die

5. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan

am Dienstag, dem 03.11.2015 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:45

Vorsitz

Stv. Michael Ruppert

CDU-Fraktion

AM Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

AM Dr. Hermann Meier

Stv. Folke Schmelcher

Stv. Rainer Wetterau

ab 18.45 Uhr für Stv. Wetterau
bis 18.45 Uhr

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jörg Dürr

Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

Schriftführer

StAR Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Beigeordnete/r Engin Alparslan

StVR Gerhard Titzer

GSB Marion Plähn

Personalrat

Herr Carsten Butz

Der Vorsitzende Michael Ruppert eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche und nichtöffentliche Sitzung

Stv. Ruppert weist darauf hin, dass die Tagesordnung um die Punkte 6.1 (öffentlich) und 12 (nichtöffentlich) ergänzt wurde und fragt, ob es Wünsche zur Tagesordnung gebe.

Bei den Vertretern der CDU, SPD und GAL besteht Einigkeit darüber, dass die TOP'e 6.1 und 12 zum jetzigen Zeitpunkt nicht in diesem Ausschuss beraten werden sollen, weil zunächst der Rechnungsprüfungsausschuss zuständig sei. Erst wenn die bereits festgestellten offenen Fragen beantwortet seien, könne der UA OPC beraten, sofern Organisation und Controlling betroffen seien. Diese Haltung solle nicht als Weigerung verstanden werden, sondern habe ausschließlich mit der Zuständigkeit der Ausschüsse zu tun. Der Verwaltung solle Gelegenheit gegeben werden, Maßnahmen zur Klärung herbeizuführen, damit danach evtl. Maßnahmen ergriffen werden könnten.

Stv. Stracke findet es darüber hinaus sehr befremdlich, dass Ratsmitglieder (insbesondere die nicht im Rechnungsprüfungsausschuss dabei waren) Informationen an die Presse weitergeben würden.

Stv. Lukat bedauert es, dass der UA dem HFA nicht zuarbeiten könne. Desweiteren findet sie es schade, dass einige Bürger wegen dieses Themas in die Sitzung gekommen seien und dieses nun nicht einmal andiskutiert werde.

Der Vorsitzende Ruppert findet es ebenfalls bedauerlich, dass das Thema hier nicht öffentlich behandelt werden könne.

BM'in Warnecke stellt fest, dass die Verwaltung deutlich gemacht habe, dass diese die Angelegenheit aufgeklärt haben möchte. Wenn hier aus den genannten Gründen keine Beratung erfolgen solle, dann sei dies in Ordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 12 werden von der Tagesordnung genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 2

Öffentliche Sitzung

1./ Personalkostenentwicklung - hier: Übersicht Personalkosten mit Stand vom 30.09.2015

Protokoll:

StVR Titzer erläutert anhand der vorgelegten Übersicht, dass die Personalkosten für die Stellen, die aufgrund der Flüchtlingssituation zusätzlich eingerichtet wurden, derzeit noch nicht eingearbeitet seien. Diese Kosten können erst in der für Anfang Januar 2016 zu erstellenden Übersicht benannt werden.

Stv. Lukat bittet darum, dass das aus der Prüfung der Personalkosten durch das Rechnungsprüfungsamt resultierende Fazit im nächsten UA OPC öffentlich beraten werden sollte.

Beschluss:

Der Unterausschuss nimmt die Übersicht über die Personalkosten zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

2./ Bericht Haan 3/2015 - Personalkosten Vorlage: 14/014/2015

Beschluss:

Der Unterausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Aktueller Sachstandsbericht zu den Eckdaten des Haushaltes 2015 - hier: mündlicher Bericht der Kämmerin

Protokoll:

1. Bgo. Formella gibt einen mündlichen Bericht. Sie erläutert, dass sich die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer positiv

darstelle.

Für die Haushaltsperspektive 2015 ff sei entscheidend, was das Land bzgl. der Kosten für die Flüchtlinge refinanzieren.

Sie erläutert, dass die Verweildauer der Flüchtlinge nach der Erstaufnahme zukünftig nur noch bei 8-10 Tagen liege. Dies habe erhebliche finanzielle Auswirkungen und präge den Haushalt. Deshalb könne sie hier und heute keinen Kassensturz präsentieren. Seitens des Landes erfolge eine Personalkostenpauschale in Höhe von 20.000 €/Monat für jede Erstaufnahmeeinrichtung. Eine personelle Verstärkung im Sachbearbeiterbereich Asyl sei dringend erforderlich.

Am Freitag gebe es eine neue Entscheidung bzgl. einer weiteren Erstaufnahme. Dann wisse man, wann wie viele neue Flüchtlinge kämen. Sie rechne mit Samstag, Sonntag oder Montag. Sie geht davon aus, dass es bald weitere Standorte geben müsse.

Desweiteren sei mit einer steigenden Zahl von unbegleiteten Jugendlichen zu rechnen, die vom Jugendamt betreut werden müssten.

Finanzierungsvorschläge für die zusätzlichen Kosten können erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Für 2016/2017 sei mit einer Erhöhung der Kreisumlage zu rechnen.

Von hier sei dem Kreis mitgeteilt worden, dass die Planansätze voraussichtlich erreicht würden.

GSB Plähn fragt, ob die neuen Gäste auf das Kontingent angerechnet würden oder nicht.

1. Bgo. Formella erläutert, dass die Erfahrung zeige, dass eine Anrechnung nicht erfolge. Man müsse derzeit von acht Aufenthaltstagen ausgehen, so dass mehr Plätze vorgehalten werden müssten. Dies habe erhebliche Mehrbelastungen zur Folge, die unkalkulierbar seien.

Der Vorsitzende Ruppert stellt fest, dass sich der Satz der Kreisumlage in 2016 zwar erhöhe, Haan jedoch trotzdem weniger zahlen müsse.

Zu den Sach- und Dienstleistungen stellt er fest, dass es sich um niedrige siebenstellige Beträge handle und diese im Rechnungsergebnis niedriger seien als im Plan. Er fragt, ob der Haushalt Ende 2015 wieder unter dem Plan bleibe. Desweiteren fragt er, ob es im Ergebnis- und Finanzplan erhebliche Unterschiede gebe und ob es sich um tatsächliche Einzahlungen oder periodische Buchungen handle.

1. Bgo. Formella möchte die Darstellung des Vorsitzenden Ruppert so nicht stehen lassen und bittet darum, ihre Stellungnahme zu einer Anfrage von Herrn Zipper dem Protokoll beizufügen (siehe Anlage).

Stv. Stracke bittet darum, bis zum nächsten HFA oder bis zur nächsten Ratssitzung

eine Übersicht über die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge vorzulegen. Diese Übersicht solle auch mögliche (Kauf-)Planungen enthalten, so dass eine Beratung evtl. im nichtöffentlichen Teil erfolgen könne.

Beschluss:

Der Unterausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Kämmerin zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

4./ Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 im Produkt 040400 (Kultur) im Stellenplan 2016 Vorlage: 10/061/2015

Protokoll:

Einige Ausschussmitglieder bemängeln, dass sie keine Vorlage erhalten hätten.

StVR Titzer teilt mit dass die Vorlage am Freitag verteilt worden sei. Er erläutert die Vorlage und erklärt, dass die betreffende Kollegin derzeit neben dem Stellenplan herlaufe und dies nicht so bleiben könne. Derzeit mache sie eine Krankheitsvertretung und brauche danach eine Anschlussverwendung. Er erläutert weiter, dass er die Problematik des Kulturbereichs mit der Langzeiterkrankten besprechen wollte, als deren Rückkehr absehbar schien. Da die Erkrankung jedoch weiter andauere, sei dies noch nicht möglich gewesen, aber die Vorlage hätte geschrieben werden müssen.

Stv. Lukat tut sich mit der Sitzungsvorlage schwer, weil von der Verwaltung in der Vergangenheit immer etwas anderes gesagt worden sei.

Stv. Sack möchte den UA von Einzelentscheidungen befreien und nicht über einzelne Personen sprechen. Es sei Aufgabe der Verwaltung erforderliche Regelungen zu treffen. Hier solle nur über Strukturen gesprochen werden.

Der Vorsitzende Ruppert stimmt Stv. Sack grundsätzlich zu, jedoch müsse im HFA und Rat auch über Stellen gesprochen werden, deshalb also auch im UA.

BM'in Warnecke verweist darauf, dass sie die Organisationshoheit habe. Sie sei jedoch davon ausgegangen, dass bisher Einigkeit darüber bestanden habe, solche Dinge hier zu besprechen.

Beschluss:

Der Unterausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 5./ Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 Gemeindeordnung NRW
hier: Einrichtung einer weiteren Sachbearbeiterstelle in Vollzeit, EG 10 /BesGR. A 11 für die Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes
Vorlage: II/009/2015**
-

Beschluss:

Der Unterausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

- 6./ Stellenplan 2016 -Personalsituation in der Steuerabteilung 20-2
Vorlage: 20/014/2015**
-

Protokoll:

Stv. Drennhaus fragt, warum es jetzt einen Mehrbedarf gebe, obwohl die Fallzahlen jedes Jahr stiegen?

1. Bgo. Formella erläutert, dass der Sachverhalt zeitnah nochmals detailliert geprüft werden müsse.

Beschluss:

Der Unterausschuss OPC nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6.1. Bericht Haan 4/2015 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Gebühren) / für Produkte 01.04.10 Abwehrender Brandschutz und 02.04.20 Rettungsdienst und Krankentransport - Erweiterter Prüfauftrag - Abrechnung der Rettungsdienst-/Krankentransportgebühren

- Öffentliches Fazit des Prüfberichtes 04/2015
 - Erweiterter Prüfauftrag an das RPA
 - Vorlage: II/011/2015
-

Beschluss:

Es findet im Unterausschuss OPC hierzu keine Beratung statt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja- und 2 Nein-Stimmen

6.2. Stellenplan 2015 – Stellenanhebung / Befristung - Leitung Notunterkunft / Adlerstraße
Vorlage: II/010/2015

Protokoll:

1. Bgo. Formella möchte die Vorlage als SOS an die Politik verstanden wissen. Gleichzeitig beantrage sie als Kämmerin, eine bereits zusätzlich eingerichtete Hausmeisterstelle umzuwandeln und in den Stellenplan 2015 einzustellen. Ohne entsprechende Kräfte sei der Betrieb der NUK nicht möglich, deshalb bitte sie die Politik, die Ausschreibung vorbehaltlich der Zustimmung des Rates am 17.11.2015 bereits veröffentlichten zu dürfen.

Stv. Stracke kann der Vorlage grundsätzlich zustimmen, fragt jedoch, warum die Stelle für fünf Jahre befristet werden sollte und ob die Verwaltung davon ausgehe, dass die Notunterkunft so lange vorgehalten werden müsse? Oder soll sich der zukünftige Stelleninhaber später um die dauerhaft Untergebrachten kümmern? Ansonsten halte er die Befristung für das falsche Signal. Er bittet um entsprechende Präzisierung.

Stv. Lukat kann grundsätzlich auch zustimmen, jedoch nicht für fünf Jahre.

Stv. Sack hält die Notwendigkeit auch langfristig für unbestritten und fragt nach der Sinnhaftigkeit der Befristung. Der Markt an guten Leuten werde schnell leer sein und er halte deshalb eine unbefristete Stelle für besser.

1. Bgo. Formella erläutert, dass die personalwirtschaftlichen Maßnahmen vorgegeben seien und die Stelle deshalb leider befristet werden müsse. Sie hoffe, dass die NUK des Landes, unabhängig von der Adlerstraße, nicht so lange vorgehalten werden müsse. Zu Beschäftigungsbeginn werde die Kraft jedoch dort

gebraucht.

Sie sagt zu, dass die Stellenbe- und ausschreibung nachgereicht werden, es sei nur der Dringlichkeit geschuldet gewesen, dass dies noch nicht erfolgt sei.

Sie stellt klar, dass sie aufgrund der besonderen Voraussetzungen dieser Stelle eine externe Besetzung möchte. Intern erfülle Niemand die erforderlichen Voraussetzungen.

StvR Titzer erläutert, dass nach Artikel 33 Abs. II des Grundgesetzes jedermann Zugang zu einem öffentlichen Amt haben müsse.

Bzgl. der Befristung erläutert er, dass diese mit einem sachlichen Grund arbeitsrechtlich maximal fünf Jahre möglich sei.

Im Hinblick auf die Aussage von Stv. Sack macht er deutlich, dass mit der Befristung eine Flexibilität gewünscht ist, damit zu gegebener Zeit evtl. Personal abgebaut werden könne.

Stv. Stracke stellt fest, dass manche Stellen in der Vergangenheit befristet ausgeschrieben und besetzt wurden. Nachdem die Stellen kurz besetzt waren, haben die Stelleninhaber häufig gewechselt, weil sie woanders eine unbefristete Stelle gefunden hätten.

Er schlägt vor, die Ausschreibung mit dem Ziel der Entfristung zu versehen.

BM'in Warnecke erläutert, dass diese Überlegungen im Vorfeld intern auch diskutiert worden seien. Wenn die Verwaltung jedoch sofort eine unbefristete Stelle vorgeschlagen hätte, dann hätte die Diskussion in der Politik darüber auch begonnen.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Der Unterausschuss OPC spricht sich einvernehmlich dafür aus, zukünftig nicht mehr von der Notunterkunft des Landes an der Adlerstraße zu sprechen, sondern die Bezeichnung der Vorlage auf Notunterkunft des Landes zu reduzieren. Ferner spricht sich der Unterausschuss OPC dafür aus, in die Stellenausschreibung die Option der Entfristung aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat fragt nach der Darstellung zum Thema Überstunden Feuerwehr, die dem letzten Protokoll des Unterausschusses beigefügt war. Hierbei ginge es ihr insbesondere um die 230 genannten Überstunden im Juni 2015, die aufgrund eines Messebesuches mehrerer Feuerwehrkollegen entstanden seien.

StBR Schlipköter erläutert, dass die 230 Stunden keine Überstunden seien. Im Brandschutzbedarfsplan seien auch Fortbildungen enthalten.

Stv. Lukat fragt nochmals, ob es sich, wie in der Übersicht dargestellt, um Überstunden handle.

StBR Schlipköter räumt ein, dass diese Darstellung falsch sei. Es handle sich um Dienststunden und nicht um Überstunden.

StBA Flüchter erläutert, dass insgesamt 9 Mitarbeiter, davon 5 aus dem gehobenen Dienst, abwechselnd, damit der Führungsdienst gesichert war, bei der Messe waren. Es sei je ein Mitarbeiter aus den Sachgebieten dabei gewesen, weil ansonsten die Zeit für so vielfältige Informationen nicht ausreiche. In drei Tagen hätten alle volles Programm und es sei nicht zumutbar, nach einem solchen Messebesuch abends noch nach Hause zu fahren.

Der Vorsitzende Ruppert erinnert daran, dass dies schon einmal Thema im Arbeitskreis gewesen sei. Er fragt, ob der Erkenntnisgewinn tatsächlich so hoch sei, dass der Messebesuch bei der engen Personaldecke nötig sei?

StBR Schlipköter stellt fest, dass es bei der Feuerwehr, anders als bei der Polizei, keine übergeordnete Stelle gebe, die sich um Dinge wie Beschaffung von Fahrzeugen kümmere. Deshalb müsse dies jeweils vor Ort geschehen.

8./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.